

# GESETZBLATT

der

## Deutschen Demokratischen Republik

1953

Berlin, den 13. Februar 1953

Nr. 19

Tag	Inhalt	Seite
6. 2. 53	Verordnung über die Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden der Werktätigen	265
6. 2. 53	Verordnung über die Erfassung und Aufbereitung nichtmetallischer Altstoffe und Nebenprodukte	267
6. 2. 53	Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Verhalten im Straßenverkehr — Straßenverkehrsordnung — (STVO)	269
6. 2. 53	Verordnung über die Übertragung der Arbeiten der Bodenschätzung	269
3. 2. 53	Preisverordnung Nr. 286. — Verordnung über die Preisbildung im Anzeigenwesen. (Zeitungen, Zeitschriften, Kalender, Sammelpakete u. a. Druck-Erzeugnisse)	270
3. 2. 53	Erste Durchführungsbestimmung zur Preisverordnung Nr. 286. — Verordnung über die Preisbildung im Anzeigenwesen	271

### Verordnung

#### über die Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden der Werktätigen.

Vom 6. Februar 1953

Die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und das Wachstum der gesellschaftlichen Aktivität der Werktätigen machen es dringend erforderlich, die Entfaltung der Kritik weitgehend zu fördern und den Kampf gegen Mängel und bürokratische Entstellungen im Staatsapparat sowie gegen Verletzungen der demokratischen Gesetzlichkeit mit aller Schärfe zu führen.

Dazu ist es notwendig, daß alle Organe der Staatsgewalt Vorschlägen und Beschwerden der Werktätigen, die auf Mängel und Entstellungen aufmerksam machen und deren Beseitigung dem weiteren Anstreben unserer Erfolge dient, ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Es wurde jedoch wiederholt festgestellt, daß Staatsfunktionäre die Bedeutung der Vorschläge und Beschwerden der Werktätigen für ihre Arbeit unterschätzen, formal behandeln oder überhaupt nicht beachten.

Um eine sorgfältige Behandlung und Auswertung der Vorschläge und Beschwerden zu gewährleisten, wird folgendes verordnet:

#### § 1

Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik haben das Recht, sich mit Anregungen, Anträgen und Beschwerden an die Organe der Staatsgewalt und an alle staatlichen Institutionen zu wenden, um durch ihre Vorschläge zur besseren Arbeit auf allen Gebieten unseres wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus und des Staatsapparates beizutragen sowie gegen ungesetzliche Maßnahmen und schlechte Arbeitsweise von Mitarbeitern oder Dienststellen des Staatsapparates Beschwerde zu führen. Die schnelle Erledigung der Vorschläge und Beschwerden wird dadurch gefördert, daß sich die Bürger an diejenige Dienststelle wenden, zu deren Wirkungsbereich die in dem Vorschlag oder der Beschwerde aufgeworfene Frage gehört, insbesondere mit Fragen örtlichen Charakters an die örtlichen

Organe der Staatsgewalt. Wenn Beschwerden zugleich an mehrere Dienststellen gerichtet werden, führt dies zu unnötiger Mehrarbeit und Verzögerung in der Erledigung.

#### § 2

Die persönliche Verantwortung für die Organisation der Entgegennahme und Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden der Werktätigen wird übertragen:

- in den Ministerien dem Minister, in den Staatssekretariaten dem Staatssekretär;
- in den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden den Vorsitzenden der Räte;
- in allen anderen Dienststellen und Institutionen dem Leiter.

Diese Ausgabe enthält als Beilage:

Zeitliche Inhaltsübersicht des Gesetzblattes für die Zeit Oktober—November—Dezember 1952 (S. 25—32).